

- Hirschmann, Kai, 2001: Terrorismus in neuen Dimensionen. Hintergründe und Schlussfolgerungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/2001 (14. Dezember 2001), S. 7-15.
- Human Rights Watch, 2002: United States. Dangerous Dealings: Changes to U.S. Military Assistance After September 11, in: Human Rights Watch Reports, New York, N.Y.; Washington, D.C. Vol. 14 (February 2002) No. 1(G).
via Internet: <<http://www.hrw.org>> (Zugriff am 16.03.02).
- Kurtenbach, Sabine, 2001: Lateinamerika nach dem 11. September 2001, in: Brennpunkt Lateinamerika (Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg), 17. Oktober, H. 19, S. 201-208.
- Matthies, Volker, 2001: Thesen zum internationalen Terrorismus: Zur Bedeutung des terroristischen Anschlags vom 11. September 2001. Unveröff. Manuskript, Hamburg, November.
- Nielinger, Olaf, 2002: Afrika zwischen Solidarität und Aufruhr. Reaktion und Gegenreaktionen auf den 11. September 2001. Ms., Hamburg (für: Afrika im Blickpunkt, Nr. 2 / Februar 2002).
- Oschlies, Wolf, 2001: Die Bosnien-Connection des Osama bin Laden, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, 46. Jg., November, H. 11, S. 1301-1304.
- Rieck, Andreas, 2002: Der politische Kurswechsel in Pakistan, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3-4/2002 (18. Januar 2002), S. 32-39.

Kai Hafez

Globalisierung und Demokratisierung in Entwicklungsländern

Die Informationsrevolution hat die „dritte Welle der Demokratisierung“ verpasst

Die „dritte Welle der Demokratisierung“ hat sich seit den siebziger Jahren vollzogen. Sie begann mit den politischen Veränderungen in Südeuropa, setzte sich in Lateinamerika und einigen Staaten Asiens fort bis sie die ehemaligen Ostblockstaaten erreichte. Es besteht kein Konsens darüber, ob wir uns derzeit weiter in dieser „dritten Welle“ befinden oder ob deren Dynamik nach den Jahren der Demokratisierung in Osteuropa abgeebbt ist. Seit den frühen neunziger Jahren sind demokratische Systemwechsel jedenfalls kaum noch zu erkennen. Ausnahmen wie Indonesien bestätigen die Regel. Sieht man von den nach wie vor bestehenden großen Problemen der Konsolidierung vieler Demokratien ab, die als *deformierte Demokratien* oft noch deutliche Züge autoritärer Herrschaft tragen, so ist zu erkennen, dass sich die großen Gewinne der weltweiten Durchsetzung der Demokratie in den letzten Jahrzehnten schubweise vollzogen haben. Einen solchen Schub hat es allerdings in den letzten zehn Jahren nicht mehr gegeben, auch nicht in Afrika, wo manche Experten seit Jahren positive Veränderung erwarten. Weite Teile Afrikas, Asiens und insbesondere Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten stagnieren seit langem in der politischen Entwicklung. Fortschritte in einzelnen Ländern sind instabiler Natur und von Rückschlägen bedroht; die regionale Ausstrahlung von Liberalisierungs- und Demokratisierungsansätzen ist vielfach begrenzt.

Wenn man die „dritte Welle“ im Zeitraum von den 1970er bis in die frühen 1990er Jahre ansiedelt, dann stellt man fest, dass sie sich bereits lange vor der massenhaften Verbreitung von globalen Medientechnologien (Internet, direkt empfangbarer Satellitenrundfunk usw.) entfaltete. Mehr noch: Seit sich die Neuen Medien der „Globalisierung“ ausbreiten – in nennenswertem Umfang ist dies erst seit Mitte der 1990er Jahre der Fall, denn vorher gab es etwa in Afrika nur eine Handvoll Internet-Anschlüsse – stagniert die Demokratisierungsentwicklung. Natürlich

kann kein kausaler Zusammenhang derart festgestellt werden, dass die Ausbreitung der Neuen Medien für politische Stagnation verantwortlich wäre. Aber es verbietet sich auch eine Umkehrung der Kausalität, wie sie lange Jahre in der Hoffnung zum Ausdruck kam, dass durch die neuen globalen Medientechniken auch der Demokratie weltweit zum Durchbruch verholfen würde. Zumindest kurzfristig ist dies nicht der Fall gewesen. Angesichts der ohne die Neuen Medien in der Vergangenheit vollzogenen Demokratisierungswellen erscheint es wenig sinnvoll, mögliche Demokratisierungstrends der Zukunft einseitig dem Einfluss der Medienglobalisierung zuzuschreiben.

Natürlich bedeutet dies alles nicht, dass „Medien“ keine Rolle in Prozessen der Demokratisierung spielen. Sie tun es auf vielfältige Weise: als Underground- und Alternativmedien, durch immer wieder aufbrechende Kritik in den großen Fernseh- und Pressemedien und durch ein von den Menschenrechtsorganisationen genau beobachtetes weltweites Dissidententum im Journalismus. All dies sind mediale Beiträge zur Demokratisierung, wie sie sich an jedem einzelnen Beispiel der „dritten Welle“ belegen ließen – aber sie haben mit den Neuen Medien der Globalisierung wenig zu tun.

Weniger Phänomene der Medienglobalisierung als vielmehr technische Revolutionen, die am Anfang der Entwicklung von Rundfunk und Rotationspresse standen, haben Beiträge zur kommunikativen Erschließung des nationalen Raums geleistet, in dem ein Wettlauf zwischen Autoritarismus und Demokratie stattfindet. Politische Transformationsimpulse machen sich auch von „außen“, also transnational, geltend, und das Gesamtphänomen der „Globalisierung“ beginnt im Grunde bereits vor der Einführung von Medien mit globaler Reichweite zu wirken. Die Globalisierung von Menschenrechts- und Demokratiemodellen war bereits Jahrzehnte vor Mitte der 1990er Jahre zu erkennen und war daher auf Internet- und Satellitenfernsehen angewiesen, sondern entsprechende Normen waren längst über kleinere lokale, nationale und regionale Medienlandschaften „durchgesickert“.

Die Bilanz von Medien mit globaler Reichweite ist gleichzeitig von Fortschritts- wie auch von Rückschrittstendenzen und daher insgesamt von einer selbstinduzierten Stagnation gekennzeichnet, und zwar auf allen denkbaren Ebenen von Medienökonomie, Medienrecht und Mediendiskurs. Kapitalströme, von denen vielfach behauptet worden ist, sie orientierten sich „global“ – Stichwort: „Elefantenhochzeiten“ den Medienkonzerne – machen bei näherer Betrachtung oft an georäumlichen und geokulturellen Grenzen halt und widersetzen sich einer wahrhaft

globalen Kapitalverflechtung. Die staatliche Hoheit in der Medienpolitik ist einem Kontrollverlust angesichts grenzüberschreitender Informationsflüsse ausgesetzt, aber zugleich hat der autoritäre Staat ein ganzes Arsenal von Gegenmaßnahmen einschließlich des Aufbaus neuer nationaler und regionaler Mediensysteme errichtet, die geradezu als Bollwerke gegen die Globalisierung wirken. Und schließlich sind durch die neuen globalen Medien wie das Internet und den Satellitenrundfunk weder das Nord-Süd-Gefälle im Informations- und Nachrichtenfluss noch die Nord-Süd-Kluft der Wissensgesellschaft beseitigt worden. Zwar sind auf allen Ebenen Gegenteilstendenzen zu beobachten – man denke nur an die kurzzeitige Umkehrung des internationalen Informationsflusses durch den arabischen Fernsehsender „Al-Jazeera“ nach dem Attentat des 11. September. Diese Erscheinungen haben aber den Charakter von Interferenzen in einem globalen Mediensystem, das weitgehend durch politische und ökonomische Großmachthegemonien geprägt ist und in dieser Form nur bedingt geeignet erscheint, Demokratisierungsprozesse zu fördern.

Die Regionalität des Medienkapitals – Bollwerk des Autoritarismus ?

Otfried Jarren und Werner A. Meier haben auf die Grenzen der Internationalisierung im Medienbereich hingewiesen. Die Tendenz einer Verschmelzung europäischer Verlage wie Bertelsmann mit amerikanischen und australischen Medienhäusern wird häufig als Indiz für ökonomische Globalisierung betrachtet. Die Globalisierung des Medienkapitals ist jedoch lediglich *eine* Facette der derzeit vonstatten gehenden ökonomischen Bewegungen und nicht für alle Länder und Erdteile im selben Maße prägend. Selbst in den USA und in vielen Staaten Europas bestehen im Medienbereich zahlreiche protektionistische Hemmnisse für Investitionen, etwa wenn in den USA ausländischen Medienunternehmen der Erwerb von Rundfunklizenzen erschwert wird.¹ Auch in Deutschland hat die Zerschlagung der Kirch-Unternehmensgruppe eine Diskus-

1 Otfried Jarren/Werner A. Meier, Globalisierung der Medienlandschaft und ihre medienpolitische Bewältigung: Ende der Medienpolitik oder neue Gestaltungsformen auf regionaler und nationaler Ebene?, in: Hauke Brunkhorst/Matthias Kettner (Hrsg.), Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt 2000, S. 361.

sion mit stark anti-globalistischer Ausrichtung ausgelöst. Um Rupert Murdoch den massiven Einstieg in den deutschen Markt zu erschweren, sollen möglicherweise, dies haben nicht zuletzt viele Medienpolitiker gefordert, protektionistische Hemmschwellen errichtet werden. Derartige Forderungen rühren aber nicht nur an medienpolitischen Grundlagen im Rahmen der EU. Sie richten sich auch gegen den globalisierungsfreundlichen Grundtenor, der die Mediendebatte der 1990er Jahre beherrschte. Dabei werden kritische Fragen nach der Qualität einer Medienlandschaft, also insbesondere das Verhältnis von Information, Unterhaltung und Sensationalismus, zum Teil fälschlich zu Fragen des „Schutzes vor der Globalisierung“ umdefiniert. Rupert Murdoch repräsentiert ohne Zweifel *keinen* Qualitätsjournalismus – aber tun dies RTL oder der Axel-Springer-Verlag, oder tat dies Leo Kirch?

Europäische und amerikanische Medienmärkte zeigen erhebliche anti-globalistische Reflexe, während die westliche Medienpolitik zeitgleich über WTO- und GATT-Abkommen den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Freihandel nahe legt oder gar vorschreibt. Das bestehende medienpolitische Ungleichgewicht ist allerdings kleiner als man denken möchte, denn die schwächsten Entwicklungsländer (LLDCs) sind wenig lukrative Märkte für westliche Medienmacher, so dass eine Zwangsliberalisierung des Mediensektors über die Mechanismen des IWF und der Weltbank selten Priorität besitzt. Die attraktiven Märkte der „Dritten Welt“, allen voran Asien und hier vor allem China, wissen sich selbst zu „schützen“, wenn man so die oft von autoritären Regimes bestimmte Drosselung globaler Medien und Medienkapitalströme bezeichnen will.

Interessant ist in diesem Zusammenhang Chinas Beitritt zum Basic Telecommunications Agreement der WTO. China hat sich als neues Mitglied des WTO Basic Telecommunications Agreement zu einer weitgehenden Deregulierung der Telekommunikation bereitgefunden (Ermöglichung marktgerechter Preiskalkulation; Garantie von Vernetzungsrechten, Senkung der Importzölle usw.). Das Übereinkommen soll den Import von Medienprodukten erleichtern, aber China will auch die eigenen Produkte leichter exportieren können, wenn die in manchen Ländern bestehenden Einfuhrbeschränkungen für Waren aus China aufgehoben werden. Diesen Vorzügen im Import-Export-Handel steht jedoch gegenüber, dass Chinas eigene Produktionsunternehmen auf dem inländischen Markt erhebliche Konkurrenz bekommen können, da sie ihren Preisvorteil verlieren. Besorgte Stimmen in den USA stellen ungeachtet der weitreichenden Entwicklungschancen, die sich für China und die

Weltwirtschaft mit den WTO-Abkommen verbinden, die Frage, was geschieht, wenn China seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Welche Sanktionsmöglichkeiten bleiben der WTO gegenüber der chinesischen Großmacht, sollten die Liberalisierungszusagen nicht verwirklicht werden? Wie wird China auf externen Liberalisierungsdruck reagieren, und wird es sich der WTO-Gerichtsbarkeit beugen? Möglicherweise führt die medienpolitische Unberechenbarkeit Pekings die WTO langfristig in ein existentielles Dilemma, da auf der einen Seite das Funktionieren der Organisation durch die Einhaltung von Regeln garantiert werden muss, auf der anderen Seite jedoch ein Ausschluss Chinas als *ultima ratio* aus politischen Gründen kaum denkbar scheint.²

Für die Unwägbarkeiten und Grenzen des internationalen Kapitalflusses im Medienbereich ist die Geschichte von Rupert Murdochs Sender Star TV bezeichnend. Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist Star TV nicht so erfolgreich, wie sich die Betreiber dies anfangs erhofft hatten. Das Unternehmen hat vielmehr Verluste gemacht. Dabei ist Murdoch der chinesischen Regierung bereits vor Jahren mit der Herausnahme der BBC-Nachrichten aus dem Programm entgegengekommen. Er bot der Peking Regierung sogar an, eine Verschlüsselungssoftware für den chinesischen Fernsehmarkt zu entwickeln, wenn im Gegenzug Star TV Zutritt zum chinesischen Kabelnetz erhalten würde. Aber auch diese anfangs erfolgversprechende Initiative ließ sich nicht realisieren.

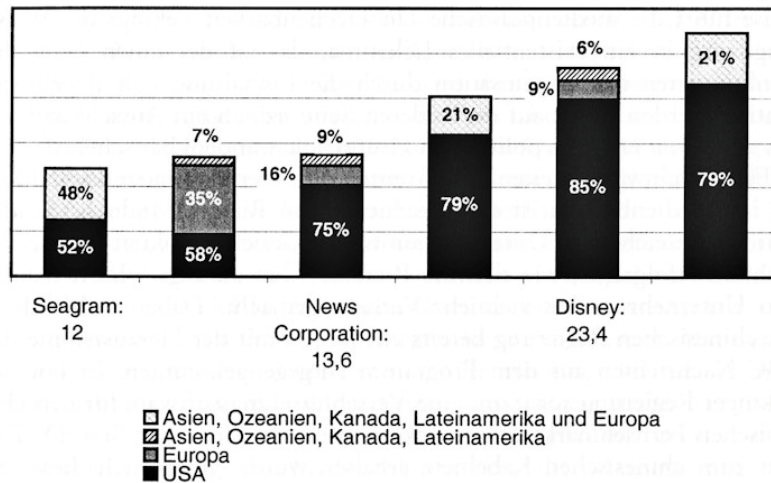
Trotz enormen Wachstumsperspektiven asiatischer Märkte bestehen daher nach wie vor hohe Risiken, und auch ein großes Medienkonglomerat wie das Murdochs ist hier nicht erfolgreich. Eine Studie der UNESCO hat bestätigt, dass die Fernsehprogramme asiatischer Staaten (mit Ausnahme der Philippinen) im Vergleich zum europäischen Fernsehsystem einen deutlich geringeren Grad der Transnationalisierung hinsichtlich der Versorgung mit Importprogrammen aufweisen.³ All dies hat dazu geführt, dass auch die großen Medienunternehmen AOL Warner, Disney, Viacom, News Corporation, Bertelsmann und Seagram nur ge-

2 <http://www.uschina.org/public/991115a.html> (13.6.2002); <http://socrates.berkeley.edu/~briewww/forum/berkeley2/stokes.html> (13.6.2002); <http://www.csis.org/ics/chinaswtoaccession.html> (13.6.2002).

3 Preben Sepstrup/Anura Goonasekera, TV Transnationalization in Europe and Asia. Reports and Papers on Mass Communication, No. 109, Paris: UNESCO 1994. Den Hinweis verdanke ich Yvonne Kasten, Studentin am Institut für Politikwissenschaft, Universität Hamburg.

ringe Teile ihre Umsätze und Einnahmen in Asien, Afrika und Lateinamerika tätigen (siehe Schaubild).

Medienmogule: Gesamteinkünfte (in Mrd. US \$) und regionale Anteile (in %) 1999



Quelle: Eigene Bearbeitung nach Balnaves/Donald/Donald (2001), S.60.

Weniger Transnationalisierung, als vielmehr Regionalisierung erweist sich als Haupttrend im Bereich des Medienkapitals (abgesehen von euro-amerikanischen Kapitalverflechtungen). Berlusconi und Kirch sind regionale, europäische Phänomene, und sie haben Counterparts in anderen Teilen der Welt. Hinter dem saudi-arabischen Satellitenfernsehimperium stehen Investoren wie Prinz Talal bin Abdulaziz. Gerade im Fernsehbereich haben sich im letzten Jahrzehnt regionale Kapitalinteressen formiert, die von der arabischen Halbinsel ausgehend auf die gesamte arabische Welt ausstrahlen.⁴ Sie sind durch verwandtschaftliche und über vielfältige persönliche Kanäle so eng mit den staatlichen Führungen Saudi-Arabiens und der Golfstaaten verbunden, dass konkurrierendes Kapital aus Europa und den USA auch staatliche Protektion jederzeit ferngehalten werden könnte. Das saudische Engagement hat zudem eine regio-

⁴ Douglas A. Boyd, Saudi Arabia's International Media Strategy: Influence through Multinational Ownership, in: Kai Hafez (Hrsg.), Mass Media, Politics, and Society in the Middle East, Cresskill, NJ 2001, S. 43-60.

nale Konkurrenz freigesetzt, wobei auch andere arabische Staaten Fernsehmärkte teilweise deregulieren mussten, um ein saudisches Meinungsmonopol zu verhindern.⁵ Interessant wird es sein, die Pläne von CNN für ein arabisches Programm vor dem Hintergrund der starken Regionalisierung des Fernsehmarktes zu beurteilen.

Jarren und Maier haben zu Recht darauf hingewiesen, dass neben staatlichem Protektionismus auch fehlendes Know-How auf Seiten der globalen Medienunternehmer Erfolge auf internationalen Märkten behindern. Nationale und regionale Programme können sehr viel schneller auf kulturelle Trends reagieren, und die Zersplitterung von MTV in eine Reihe von regionalen Teilsendern zeigt das Bemühen um kulturelle Flexibilität. Die Strategie des „Recyclings“ von überwiegend englischsprachigen Medienprodukten, die sich bereits auf den amerikanischen und europäischen Märkten amortisieren, für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ist an ihre Grenzen gestoßen. Diese Know-How-Dynamik wiederum fördert den Trend zur Partikularisierung von Programminhalten, zur Anpassung globaler Akteure an lokale Programmpreferenzen, was „glo-ka-lisierte“ Kulturdurchmischungen nicht ausschließt, aber eben auch nicht die Provinzialisierung einstmals hochfliegender Träume von der Globalisierung der Medien und der Werte in Richtung auf eine Menschheitskultur ohne trennende Gräben des Glaubens und der Politik.

Weder Protektionismus noch mangelnde interkulturelle Kompetenz sind es allerdings, die die ärmsten Entwicklungsländer und insbesondere weite Teile Afrikas von globalen Medienkapitalflüssen abschotten. Afrika ist in großen Teilen als Markt einfach zu unattraktiv für ausländische Investitionen. Nicht umsonst gibt es eben *kein* „MTV Africa“. Den Nahen Osten trifft gleich eine mehrfache Kapitalbeschränkung: Viele Staaten sind protektionistisch, erfordern eine überaus sensible Kulturanpassung und sind – abgesehen von eigen reichen Staaten – wenig gewinnversprechend, da die Kaufkraft der meisten Staaten und Bürger gering ist.

Wie wirkt sich die relative Schwäche globalen Medienkapitals auf vielen Märkten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf den Prozess der Demokratisierung aus? Die Regionalisierung, die zwar als regionale Grenzüberschreitung von Kapitalströmen, aber eben auch als Neuformierung nationalen privaten Kapitals in Erscheinung tritt, kann rasch zu einem ökonomischen Bollwerk autoritärer oder semi-autoritärer Medien-

⁵ Tourya Gaaaybess, Restructuring Television in Egypt: The Position of the State between Regional Supply and Local Demand, in: ebenda, S. 61-76.

strukturen werden. Die Ausweitung des saudischen Medienimperiums wirkt wie ein „Globalisierungsfilter“ gegen das Engagement politisch wie wirtschaftlich unliebsamer westlicher Medienunternehmen.

Zugleich gibt es mehrere Trends, die Regionalisierung von Kapital in einem demokratieförderlicheren Licht erscheinen lassen. Die Erfolgsgeschichte des kritischen und pluralistischen qatarischen Nachrichtensenders Al Jazeera in der arabischen Welt ist ebenfalls Ausdruck einer Regionalisierung von Medienmärkten. Regionalisierung ist also keineswegs per se *demokratiefeindlich*, ebenso wenig wie globale Medienaktivitäten in allen Fällen *demokratiefreundlich* sind. Murdochs Wirken in China zeigt, dass westliche „global player“ unter Umständen aus kommerziellen Gründen zu politischen Arrangements bereits sind, die den Autoritarismus stabilisieren. Globale Medien fördern nicht immer weltweite Demokratie.

Die Rekonfiguration nationaler autoritärer Medienpolitik

Die nationalen und regionalen Mediensysteme Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben auf die Globalisierung der Medien vielfach mit verstärkter politischer Informationskontrolle reagiert. Diese Reaktionen lassen sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln interpretieren. Sie können als Beleg dafür dienen, dass sich die Globalisierung der Medien – entgegen vieler Erwartungen – relativ einfach in systemkonforme Bahnen lenken ließ. Man kann jedoch auch die Tatsache, dass der autoritäre Staat überhaupt medienpolitisch reagieren muss, als einen Beleg für die öffnende und demokratisierende Kraft globaler Medien betrachten. Für beide Sichtweisen lassen sich eine Reihe von Indizien ins Feld führen.

Beispiele für anti-globalistische Gegenregulierung in autoritären Staaten gibt es viele: die Verbote von Parabolantennen in Saudi-Arabien und Iran; restriktive Internetgesetzgebung von Ländern wie Kuba über die Türkei und Tunesien bis nach China oder Malaysia, wo die von Anhängern Anwar Ibrahims geschaffene Oppositionsplattform *Malysianini.com.my* seit 2001 mehrfach von der Regierung Mahatir blockiert wurde, weil der Diktator argumentiert, sie schade Malaysias internationalem Ansehen.

Als neuer Trend im Arsenal autoritärer medienpolitischer Maßnahmen erweisen sich Entwicklungen im Institutionengefüge des Medien-

wesens, die sich allerdings nur am Rande gegen globale Medieneinflüsse richten, aber dennoch mit ihnen in Verbindung stehen. In einer Reihe von Staaten entstehen derzeit Institutionen, die nur scheinbar der Zivilgesellschaft zugerechnet werden können, während sie in Wahrheit staatlich lancierte Pseudo-NGOs sind. Der Dachverband vieler nationaler Journalistenverbände weltweit, die International Federation of Journalists (IFJ), hat beispielsweise gegen die Einführung eines neuen „Medienrates“ in Botswana protestiert. Die Regierung in Botswana hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach ein Rat gebildet werden soll, der neben der Funktion einer journalistisch-ethischen Beobachtung von Medien auch die Kompetenz besitzen soll, Geldstrafen bis zu 1000 Dollar und Haftstrafen von bis zu drei Jahren im Falle eines festgestellten Verstoßes gegen die „Medienethik“ festzulegen. Die IFJ forderte darauf hin die Regierung auf, Fragen des journalistischen Handwerks und der Ethik dem Berufsstand selbst zu überlassen. Die Regierung sollte zudem darauf achten, statt einer weiteren Einschränkung der Meinungs- und Medienfreiheit ein größeres Maß an Freiheit zu gewähren.

Eine analoge Entwicklung ist seit dem Jahr 2001 in Jordanien zu beobachten, wo die Regierung das Informationsministerium auflöste und an seiner Stelle einen Medienrat (Higher Media Council) einrichtete.⁶ Der Rat ist kein Selbstkontrollgremium, sondern er übt weitestgehend Aufgaben des Informationsministeriums in der Informationskontrolle und Zensur aus.⁷ Pseudo-Institutionalisierungen lassen sich auch im Medienrecht erkennen, also im normativ-programmatischen Bereich von Institutionen. Die Militärregierung Pakistans hat im Jahr 2000 den Entwurf für eine neue Informationsverordnung (Freedom of Information Ordinance, 2000) vorgelegt. In dem Dokument heißt es, das Informationsrecht der Öffentlichkeit solle verbessert und die Transparenz des Regierungshandelns für die Bevölkerung erhöht werden, was sich zunächst wie der Versuch ausnimmt, die Informationspflicht der Regierung gegenüber ihren Bürgern zu untermauern.⁸ Bei näherer Analyse stellt sich jedoch heraus, dass die Regierung einen weit gehenden Spielraum darin besitzt, Regierungsdokumente als geheim zu klassifizieren, so dass die Informationspflicht faktisch ausgehöhlt wird.

⁶ Jordan Times, 29.11.2001.

⁷ Kai Hafez, Überblick Medien 2001, in: Nahost Jahrbuch 2001. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, Hrsg. vom Deutschen Orient-Institut/Hanspeter Mattes, Opladen 2002, S. 40.

⁸ Nord-Süd aktuell 3/2000, S. 409.

Im Nahen Osten wie auch in weiten Teilen Asiens und Afrikas wird deutlich: der Globalisierungsdruck hat eine Gegenregulierung im Medienwesen erzeugt, die sich in ein modernes medienpolitisches Gewand kleidet, dabei jedoch ihre autoritäre Verhaftung nicht verbergen kann. Die globalen Vorgaben verlangen eine Demokratisierung des Medienwesens, und die Staaten der Dritten Welt gestalten ihre Mediensysteme scheinbar nach dem Vorbild westlicher Demokratien. Bei näherer Betrachtung aber sind viele Institutionen nur „scheinmodern“.

Gleichzeitig gibt es in einigen Ländern auch den Trend einer aus der Gesellschaft erwachsenden Institutionalisierung „von unten“, etwa bei den in Algerien oder Indonesien erkennbaren unabhängigen Journalistenverbänden.⁹ Auch sind längst nicht alle Regulierungsversuche des Staates erfolgreich. Beispielsweise hat sich das Satellitenfernsehen in Iran auch gegen Gesetzesverbote durchgesetzt. Die globalisierte Medienwelt erzwingt eine Anpassung an als professionell geltende Standards der journalistischen Arbeit, der modernen Gesetzgebung und Regulierung, wie sie schon aus technischen Gründen erforderlich ist. Doch nur im Einzelfall kann beurteilt werden, ob diese Form der Globalisierung der Medien nur die „Techniken“ der Demokratisierung imitiert oder auch ihre „Werte“ verinnerlicht.

Die Globalisierungsresistenz monolingualer Mittelklassen. Die kulturelle Dimension

Wie ist zu erklären, dass Medienkapital und Medienpolitik die Globalisierung häufig so eigenwillig interpretieren können, dass von einer „Demokratisierung“ nicht die Rede sein kann? Neben der Bereitschaft westlicher Medienmacher zu politischen Arrangements (s.o.) spielt auch eine Rolle, dass Massenmedien nicht nur mit politischen Aufklärungsinteressen verbunden sind, sondern in den Augen vieler Verbraucher nicht zuletzt der Unterhaltung dienen. Die regionalen und nationalen Medien haben sich hier vielfach sehr dynamisch entwickelt, ihre Angebotspalette erweitert und verbessert. Zugleich schränken sprachlich-kulturelle Hemmschwellen die Nutzung ausländischer Medienangebote auf kleine

⁹ Kai Hafez, Die arabische Medienlandschaft – journalistische Standards, in: *Message – Internationale Fachzeitschrift für Journalismus*, 1/2002, S. 32-35.

Eliten ein. Dies gilt für Konsumenten in Asien und Afrika ebenso wie in Europa.¹⁰

Im Internetbereich wird die Einführung chinesischer Schriftzeichen bei www-Adressen in absehbarer Zukunft die Zahl der chinesischen Internetnutzer so weit vergrößern, dass Chinesisch, nach Englisch, zur zweitverbreitetsten Sprache des Netzes werden könnte. Auf der einen Seite wird das Abrücken vom ASCII-Code als alleinigem Standard weiten Teilen der Weltbevölkerung den Zugang zum Internet erleichtern, da etwa 90% der Weltbevölkerung Englisch nicht als Muttersprache pflegen und sich seiner nur sehr begrenzt als Fremdsprache bedienen können. Auf der anderen Seite droht ein Zerfall des Internet in sprachliche Teilgemeinschaften, was der Vorstellung einer Globalisierung des Wissens mit Hilfe des Internet zuwiderliefe. Das Internet kann auf diese Weise schnell zu einem Vehikel eines wiedererstarkenden Nationalismus werden, wie anlässlich der amerikanisch-chinesischen Flugzeugaffäre am chinesischen Meer im Jahr 2000, als tausende von Chinesen ihren Unmut über die amerikanische Regierung im Internet kundtaten.¹¹

Internetplattformen von Exil-Oppositionen zeigen das Potenzial grenzüberschreitender Impulse für die Demokratisierung auf. Inwieweit aber will man das Wirken einer Opposition aus dem Exil, abgesehen von der technischen Dimension, tatsächlich als Globalisierungsphänomen verbuchen? Machen sich hier nicht vielmehr (enträumlichte) lokale und nationale Einflüsse geltend, mit dem Unterschied nur, dass hier das alte Flugblatt durch das Internet ersetzt wird? Man könnte zudem die geradezu ketzerische These aufstellen, dass in manchen Ländern sogar die altmodische Boulevardpresse mit ihrem Hang zu sensationalistischer Politikberichterstattung (Korruptionsvorwürfe gegenüber Politikern etc.) einen wirkungsvolleren Beitrag zu Entwicklung einer politischen Kritik-kultur leistet als das hochmoderne globale Internet oder das Satellitenfernsehen,¹² denn die Boulevardpresse erreicht tatsächlich die *monolingualen Mittelklassen*, während die Neuen Medien, und damit auch die globale Medienformate wie CNN, oft nur schmale Segmente der Bevölkerung ansprechen.

¹⁰ Uwe Hasebrink, Fenster zu den Nachbarn? Die Nutzung fremdsprachiger Medienangebote in Deutschland, in: Siegfried Quandt/Wolfgang Gast (Hrsg.), *Deutschland im Dialog der Kulturen. Medien, Images, Verständigung*, Konstanz 1998, S. 251-270.

¹¹ Nord-Süd aktuell 2/2001, S. 235.

¹² Adam Jones, From Vanguard to Vanquished: The Tabloid Press in Jordan, in: *Political Communication* 19 (2002) 2, S. 171-187.

Die neuen alten Hegemonien der globalen Kommunikation. Beispiel: Auslandsrundfunk

Die monolingualen Mittelklassen werden allerdings von den Systemen des Auslandsrundfunks erreicht, denn BBC, die Deutsche Welle (DW), Voice of America (VoA) und eine kaum zählbare Schar von Radio- und zum Teil auch Fernsehsendern auf der ganzen Welt überschreiten gezielt nationale Grenzen in der Sprache derjenigen Völker, an die sich ihre Medienbotschaften richten. Die Radiosendungen der BBC in Farsi, Dari oder Paschtu beispielsweise waren, neben den Farsi-Sendungen aus Iran, die letzten, die in Afghanistan Ende 2001 noch Gehör fanden.

Trotz der Vielzahl grenzüberschreitender Rundfunkangebote muss insgesamt von einem Zweiklassensystem des Auslandsrundfunks gesprochen werden, denn Programmvielfalt und technische Reichweiten der großen westlichen Anbieter übertreffen die Möglichkeiten der meisten Länder der Dritten Welt um ein Vielfaches. Im reichweitenstarken UKW- und MW-Frequenzbereich gilt: Europa und die USA agieren *global* – die meisten anderen Länder dieser Welt orientieren sich hingegen lediglich *regional*.

Der Auslandsrundfunk ist Teil eines größeren Nord-Süd-Ungleichgewichts des Nachrichtenflusses, das auch in den Zeiten der „Globalisierung“ weiterbesteht. Die Nachrichtenhegemonie des „Nordens“ (bzw. „Westens“) kommt in einer Reihe global agierender Medien zum Ausdruck:

1. Wegen der erst geringen Vernetzung („digitaler Graben“) erreicht das Internet in der Dritten Welt lediglich dünne gesellschaftliche Schichten, die einem in hohem Maße von westlichen Gesellschaften und Staaten gestalteten Informationsangebot ausgesetzt sind. Dieses Ungleichgewicht wird noch auf lange Sicht bestehen, auch wenn die Zahl der Netzangebote aus der Dritten Welt steigt und sich – wie oben beschrieben – durch die Entwicklung multilingualer Domains Gegengewichte zur westlichen Dominanz bilden, die allerdings zugleich sprachlich partikularisierend wirken, so dass zwar die relative Abhängigkeit von westlicher Information abnehmen wird, aber ein Rückfluss von Nachrichten aus Asien, Afrika und Lateinamerika nach Nordamerika und Europa nicht gesichert erscheint.
2. Die großen westlichen Nachrichtenagenturen Reuters, Agence France Presse (AFP) und Associated Press (AP) sowie neuerdings auch MSNBC und CNN.com sorgen mit ihrer unvergleichlichen Nach-

richtenfülle für eine westliche Interpretationshoheit im Nachrichtengeschäft der Massenmedien im Bereich internationaler Fragen.

3. Die großen westlichen Industriestaaten haben nach dem 11. September erkannt, dass ungeachtet der starken Präsenz von westlichen Agenturen die globale informationstechnische Architektur auch die Gefahr birgt, die Nachrichtenhegemonie zumindest stellenweise zu verlieren, und zwar ganz besonders in Kriegs- oder kriegsähnlichen Zeiten. Der arabische Sender Al-Jazeera war zwei Wochen lang *das* Leitmedium der Berichterstattung über den Afghanistankrieg 2001, weil er als einziger noch einen Korrespondenten in Afghanistan hatte und die Terroristen den Sender als Ansprechpartner nutzten. Viele westliche Staaten, allen voran die USA, aber auch England und Deutschland, haben seitdem neue Initiativen zur Stärkung ihrer Auslandsrundfunksysteme ins Leben gerufen, um insbesondere in Nah- und Mittelost den publizistische Wettlauf nicht zu verlieren.

In der Nachfolge der Terrorattentate des „11. September“ und des Afghanistankrieges ist eine große Reform der westlichen Auslandsrundfunkprogramme in Gang gesetzt worden, die sich über mehrere Jahre erstrecken wird und von der noch unklar, welche Auswirkungen sie auf jeweiligen Programmaufträge haben wird. Sowohl BBC als auch DW und RFE/RL („Radio Free Afghanistan“) haben den Umfang ihrer Sendungen in Dari und Paschtu verdoppelt, neue Kooperationsabkommen mit der afghanischen Regierung Karzai sind geschlossen worden und alle Sender bemühen sich um die verstärkte Nutzung von MW-Frequenzen zur Erweiterung ihrer technischen Reichweiten (RFE/RL sendet auf einem gemeinsam mit VoA genutzten MW-Frequenz). Insbesondere RFE/RL betont, dass es sich bei den Reformen um Maßnahmen zur publizistischen Unterstützung des demokratischen Aufbaus in Afghanistan handelt.

Eine Programmanalyse von RFE/RL zeigt jedoch, was damit konkret gemeint ist. Als etwa im Mai 2002 der amerikanische Präsident Bush Europa besuchte, sendete seine Gattin, Laura Bush, vom Hauptsitz von Radio Free Afghanistan in Prag aus eine Grußbotschaft an die Afghanen, in der sie die Rolle der USA bei der Befriedung des Landes hervorhob.¹³ Auch der Rest des Programmes ist in hohem Maße darauf ausgerichtet, der amerikanischen Außenpolitik Akzeptanz zu verschaffen. RFL/RL verfolgt – ähnlich wie VoA – ein klassisches propagandistisches Pro-

13 <http://www.rferl.org/specials/lbush/> (13.6.2002)

grammkonzept, an dessen kritischer Ausgewogenheit gezweifelt werden muss.

Die westliche Dominanz im Bereich des Auslandsrundfunks ist nicht in jedem Fall als eine „kulturimperialistische“ Gegentendenz zur demokratiefördernden Wirkung der globalen Kommunikation zu betrachten. Die Bewertung der demokratiefördernden Rolle des westlichen Auslandsrundfunks hängt jedoch eng mit Auftrag und Gestaltung der dargebotenen Programme zusammen. Unter anderem müssen folgende Grundfragen erörtert werden:

1. Inwieweit lässt sich der westliche Auslandsrundfunk von nationalen Interessen der Heimatstaaten leiten und schließt ein solches Staatsinteresse auch die direkte oder indirekte Rechtfertigung der vielfach bestehenden Bündnisse, Allianzen und Duldungen von autoritären Regimes in den Zielstaaten der Sender ein? Welche Zugangsmöglichkeiten haben Zivilgesellschaft und Opposition zum westlichen Rundfunk? Im Idealfall könnte der Auslandsrundfunk sich zum Ziel setzen, den fehlenden Pluralismus in vielen Mediensystemen der Entwicklungsländer durch pluralistische (multiperspektivische) Nachrichtenangebote mit thematischem Bezug zu den Zielländern und der Zielregion teilweise zu ersetzen.
2. Gelingt die Dialogisierung der Programme in der Weise, dass das Selbstdarstellungsinteresse der Senderländer mit dem Informationsinteresse der Zielländer in ein sinnvolles Gleichgewicht gebracht werden kann? Der westliche Auslandsrundfunk hat unter anderem die Aufgabe, Nachrichten aus den Heimatländern zu übermitteln; er kann sich aber auch als eine Plattform zur Erörterung internationaler und regionaler Fragen verstehen, so dass ein „Dialog der Kulturen“ zwischen Nord und Süd, Ost und West ermöglicht wird.
3. Inwieweit gelingt es gerade in Kriegs- oder kriegsähnlichen Situationen, internationale „Kanäle der Kommunikation“ durch den Auslandsrundfunk offen zu halten, um die Informationskriegsführung der Kombattanten zu unterlaufen? „Krisenradio“ ist ein zentraler Begriff des Programmauftrags der DW. Auch in Fällen, in denen das Auftragsland der Auslandsrundfunkanstalt – also etwa Deutschland – in Konflikte verwickelt ist, muss Ausgewogenheit gesichert sein.

Hans-Joachim Spanger

Die Globalisierung und der Staat: differenzierte Blicke auf uniforme Trends

Es gehörte im Verlauf ihrer Karriere zu den besonders eindrucksvollen Versprechen der Globalisierung, daß mit ihr eine schöne – oder erschreckende – neue Welt der Staatenlosigkeit aufscheinen sollte. Und tatsächlich scheint der Staat als klassische Institution der Herrschaft des Menschen über den Menschen seit geraumer Zeit auf dem Rückzug, in der nördlichen wie in der südlichen Hemisphäre. Das hat nicht übermäßig beunruhigt, soweit es sich um die klassischen interventionistischen Entwicklungsstaaten der Dritten Welt handelte. Deren Bemühungen um gesellschaftliche Modernisierung und gesteuerte Wirtschaftsentwicklung wurden letztmals in der Asienkrise 1997/98 beerdigt – unter großem Beifall jener Vertreter der nördlichen Hemisphäre, denen die Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals zum Lebenselixier geworden ist. Anders verhält es sich beim lange negierten Phänomen des Staatszerfalls, bei dem die Institution des Staates den politischen Konvulsionen der Gesellschaft zum Opfer fällt und schlicht aufhört zu existieren. Auch dieses Phänomen tritt seit einigen Jahren konzentriert in der Dritten Welt und zumal in Afrika auf, wobei allerdings erst die Kollateralschäden des afghanischen Bürgerkriegs die potentiell weitreichenden Konsequenzen offenbarten und den Zerfall von Staaten zu einem weltpolitisch brisanten Thema werden ließen.

Nun muß es auf den ersten Blick paradox erscheinen, daß der Staat gleichsam von zwei entgegengesetzten Enden unter Druck geraten scheint: Sein Niedergang vollzieht sich zum einen als notwendiges Ergebnis – und in neoklassisch inspirierter Ideologie auch als ultimative Bestimmung – des säkularen ökonomischen Fortschritts, wofür folgerichtig die OECD-Staaten den Maßstab setzen. Zum anderen aber scheint er ebenso – wenn nicht gar in besonderem Maße – auch dort in Frage gestellt, wo weder von ökonomischem Fortschritt die Rede sein kann, noch gar ein Einfluß der Globalisierung zu entdecken ist. Das hat jedoch nichts

Joachim Betz · Stefan Brüne (Hrsg.)

Neues Jahrbuch Dritte Welt

Globalisierung und
Entwicklungsländer

Leske + Budrich, Opladen 2003

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

ISBN 3-8100-3668-4

© 2003 Leske + Budrich, Opladen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Satz: Leske + Budrich, Opladen
Druck: DruckPartner Rübelmann, Hemsbach
Printed in Germany

Inhalt

<i>Joachim Betz</i> Die Globalisierung aus der Sicht der Entwicklungsländer	7
<i>Tobias Debiel</i> Terrorismus im Zeitalter der Globalisierung	23
<i>Kai Hafez</i> Globalisierung und Demokratisierung in Entwicklungsländern: Die Informationsrevolution hat die „dritte Welle der Demokratisierung“ verpasst	39
<i>Hans-Joachim Spanger</i> Die Globalisierung und der Staat: differenzierte Blicke auf uniforme Trends	53
<i>Amr Hamzawy</i> Die Gefahr der Globalisierung: Arabische Debatte nach dem 11. September	73
<i>Siegmar Schmidt</i> Afrika – ein marginaler Kontinent? Die Globalisierung aus afrikanischer Perspektive	87
<i>Hartmut Sangmeister</i> Lateinamerika im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung Wahrnehmungen, Aktionen, Reaktionen	101